

**Aufruf der
Christlich Demokratischen Union
Deutschlands
zur Wahl des Europäischen
Parlaments
am 17. Juni 1984**

Hergestellt im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Sankt Augustin - Weitergabe, Reproduktionen und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACDP.

CDU

ACDP 07-001-7819

**Aufruf der Christlich Demokratischen Union
Deutschlands
zur Wahl des Europäischen Parlaments am
17. Juni 1984**

Am 17. Juni 1984 wählen die Deutschen ihre Abgeordneten in das Europäische Parlament. Mit der Wahl entscheiden die Bürger, wie es in Europa weitergeht.

Nur ein geeintes Europa ist Herr seiner politischen Zukunft. Nur ein starkes, einiges und im Atlantischen Bündnis verankertes Europa kann den Frieden in Freiheit und seine demokratische Ordnung schützen. Nur im europäischen Rahmen können wir Menschenrechte und Freizügigkeit erhalten und Arbeit, Wohlstand und die natürlichen Lebensgrundlagen sichern. Auch der Umweltschutz ist eine europäische Gemeinschaftsaufgabe. Wir Christlichen Demokraten wollen Europa, und wir wollen offene Grenzen und freien, ungehinderten Verkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Die Bürger wollen nicht nur über Europa reden. Sie wollen Europa erleben. Europa im Alltag.

Die politischen Schwierigkeiten dürfen uns nicht den Blick für das große Ziel verstellen. Und dieses Ziel ist von Adenauer bis heute unverändert: die Einigung Europas.

Europa sichert Frieden und Freizügigkeit

Die Europäische Gemeinschaft war von Anfang an eine Wertegemeinschaft. Freiheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte sind die Grundlagen Europas. Versöhnung über die Grenzen hinweg, Verständigung über Verschiedenheiten hinweg, eine demokratische Zusammenarbeit, die die Vielfalt erhält und die Gemeinsamkeiten stärkt — dies sind die Bausteine für die europäische Einigung.

Neinsagerei und Verweigerungsmentalität bauen nichts auf und zerstören viel. Neutralismus und nationalistische Alleingänge sichern den Frieden nicht, sondern isolieren uns und schwächen damit unsere Sicherheit. Wir sind keine Wanderer zwischen Ost und West. Unsere europäischen und atlantischen Partner können sich auf die Geradlinigkeit und Berechenbarkeit deutscher Politik verlassen. Das Nordatlantische Bündnis hat uns vierzig Jahre Frieden in Freiheit gesichert. Die Europäische Gemeinschaft und das Bündnis sind das Fundament unserer freiheitlichen Zukunft.

- Die Europäische Gemeinschaft muß mit einer Stimme sprechen, wenn sie in der Welt von morgen gehört werden will. Die Außenpolitik muß zu einer echten Gemeinschaftsaufgabe werden.
- Das westliche Bündnis muß stark und handlungsfähig sein, um den Frieden in Freiheit zu sichern. Die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist und bleibt das Kernstück der Allianz. Die Europäische Gemeinschaft und die USA arbeiten politisch und wirtschaftlich in gleichberechtigter Partnerschaft zusammen. Der europäische Pfeiler der NATO muß gestärkt werden.
- Europa muß seinen Beitrag im Kampf gegen Hunger, Armut und Gewalt leisten. Wir wollen den Menschen der Dritten Welt helfen, sich wirtschaftlich und sozial zu entwickeln. Der gemeinsame Markt muß für die Produkte der Entwicklungsländer offen sein. Die Menschenrechte, die für uns im freien Europa selbstverständlich geworden sind, sind ein Lebensrecht aller Menschen.

Die Sicherung des Friedens ist auch eine europäische Aufgabe. Der Wahltermin des 17. Juni erinnert daran: Die Spaltung der deutschen Nation teilt auch Europa. Nur im europäischen Rahmen und mit Unterstützung aller Europäer wird sich die Teilung unseres Vaterlandes überwinden lassen. Wir brauchen das europäische Dach für die Lösung der nationalen Frage. Wir sind aufgerufen, mit friedlichen Mitteln die Einheit in Freiheit zu vollenden – in Deutschland und in Europa.

Auf dem Weg zum großen Ziel der Vereinigten Staaten von Europa sind bereits gute Fortschritte gemacht worden. Heute sind die Grenzen in der Europäischen Ge-

meinschaft weniger trennend als im Deutschland der Kleinstaaten vor 1871. Es gibt viel Freizügigkeit, aber auch noch zu viele politische, gesetzliche und bürokratische Hindernisse. Die CDU arbeitet für ein Europa ohne Schlagbäume.

- Wir wollen den europäischen Paß als Ausdruck der Freizügigkeit. Die Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft müssen abgeschafft werden.
- Wir sind für eine gemeinsame Planung und Finanzierung der großen europäischen Verkehrswege auf Straße, Schiene und Wasser. Wir brauchen eine gemeinschaftliche Straßenverkehrsordnung. Wir wollen den europäischen Führerschein. Wir fordern die Abschaffung der Autobahngebühren in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft.
- Wir möchten den Jugendaustausch und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hochschulen in der Europäischen Gemeinschaft verstärken. Wer sich kennenlernt, lernt sich besser zu verstehen. Wer den Nachbarn besucht, kommt dessen Kultur, Geschichte und Lebensart näher.

Europa sichert Wohlstand und Arbeit

Die Europäische Gemeinschaft hat den Menschen in den letzten Jahrzehnten steigenden Wohlstand gebracht. Mit der Freizügigkeit des Warenverkehrs wurde ein Absatzmarkt geschaffen, den gerade die Bundesrepublik Deutschland als rohstoffarmes, exportabhängiges Industrieland braucht. Dieser Markt hat unserem Land viele Arbeitsplätze gesichert.

Die Europäische Gemeinschaft umfaßt nach Wirtschaftskraft, Bruttosozialprodukt und Bevölkerungszahl das größte Wirtschaftspotential der Welt. Seit über einem Jahrzehnt verändert sich jedoch die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung grundlegend: Schwellenländer bieten industrielle Erzeugnisse zu Preisen an, mit denen die Industrieländer Europas immer weniger konkurrieren können. Gleichzeitig entstehen neue Wachstumsmärkte für hochentwickelte Technologien wie Mikroelektronik, Kommu-

nikationstechnik oder Biotechnologie. Die Richtung und die Geschwindigkeit dieses technologischen Fortschritts werden zunehmend im pazifischen Raum, insbesondere in den USA und in Japan bestimmt.

Der notwendige Strukturwandel wurde in Europa vielfach versäumt. Die Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit waren die Folge.

Europa darf nicht versuchen, den weltwirtschaftlich-technologischen Herausforderungen mit protektionistischen Maßnahmen und Subventionswettläufen zu begegnen. Nur ein offener Markt mit freiem Welthandel fördert Investitionen, Forschung, Innovationen und schafft neue Märkte und neue Arbeitsplätze.

- Bürokratische Erschwernisse im grenzüberschreitenden Verkehr, die jedes Jahr mehr als 30 Milliarden DM kosten, sowie Wettbewerbs- und Handelshemmnisse müssen abgebaut und die Steuern harmonisiert werden.
- Staatliche Einrichtungen und private Unternehmen sollen bei Forschung und technischer Entwicklung besser zusammenarbeiten.
- Normen, Sicherheitsbestimmungen und technische Anforderungen müssen aufeinander abgestimmt werden, um die Marktchancen neuer Produkte und Verfahren (z.B. umweltfreundliche Technologien) auf europäischer Ebene zu verbessern.
- Die Wirtschafts- und Währungsunion soll vollendet werden. Wir sind für gemeinschaftliche Mindestnormen für Arbeitsschutz, Arbeitsbedingungen und Verbraucherschutz.
- Die Rahmenbedingungen für die mittelständischen Unternehmen müssen in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft gezielt verbessert werden. Klein- und Mittelbetriebe sind die Hauptträger des wirtschaftlich-technischen Fortschritts. Sie haben eine Schlüsselstellung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
- Die Wirtschaftsordnung der Europäischen Gemeinschaft muß zur Sozialen Marktwirtschaft fortentwickelt

werden. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm auch für Europa, weil es Leistung mit sozialer Gerechtigkeit, Wettbewerb mit Solidarität und Eigenverantwortung mit sozialer Sicherheit in Einklang bringt.

Europa sichert eine natürliche Umwelt

Alle Bürger Europas haben Anspruch auf eine gesunde Umwelt. Neben dem wirtschaftlichen Aufschwung gehört die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Wer in der Gegenwart die natürlichen Grundlagen des Lebens verantwortungslos ausbeutet, verletzt die Solidarität zwischen den Generationen. Eine gesundheitsgefährdende Luftverschmutzung, der Zerfall von Kunst- und Bauwerken, verschmutzte Flüsse, ungelöste Entsorgungsprobleme, die mit Öl verschmutzten Meere sowie das Ausmaß der Waldschäden erfordern sofortiges Handeln.

Die Regierung Helmut Kohl hat sofort nach der Amtsübernahme für den Umweltschutz nachgeholt, was jahrelang versäumt wurde: Verabschiedung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung, Verbesserung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft, Vorbereitungen zur Einführung bleifreien Benzins und Finanzierung wichtiger Forschungsprojekte für sauberes Wasser und reine Luft.

Umweltschutz für Deutschland ist auch Umweltschutz für Europa. Umweltprobleme machen vor keiner Grenze halt. Nur das Zusammenwirken aller Industriestaaten kann zum vollen Erfolg führen. Die Bundesregierung hat deshalb zu einer großen internationalen Umweltkonferenz im Juni 1984 nach München eingeladen.

Gemeinsam und grenzüberschreitend wollen wir die natürlichen Lebensgrundlagen sichern:

- Die Europäische Gemeinschaft muß die Richtlinie zur Bekämpfung der Luftverunreinigungen durch Industrieanlagen alsbald verabschieden. Eine gemeinsame Richtlinie zur Emissionsbegrenzung bei Großfeuerungsanlagen muß ausgearbeitet werden. Die Grenzwerte für Kfz-Abgase müssen EG-einheitlich herabge-

setzt und bleifreies Benzin sollte überall in der Europäischen Gemeinschaft eingeführt werden.

- Die Einleitung von Abwässern und Schadstoffen in die Flüsse muß auch durch europäische Vereinbarungen verringert werden. Rhein, Elbe und Werra müssen wieder sauber werden. Die Verschmutzung der Meere, insbesondere der Nordsee, muß durch europäische Überwachungsmaßnahmen bekämpft werden. Die Beseitigung von Giftstoffen und verschmutzenden Substanzen auf hoher See ist zu unterbinden. Diesen Zielen dient auch die Einladung der Bundesregierung zur Internationalen Nordseeschutz-Konferenz im Oktober 1984 in Bremen.
- Umweltkriminalität soll national und europäisch konsequent geahndet werden. Das Eigeninteresse der Wirtschaft am Umweltschutz muß gestärkt werden. Umweltfreundliche Produktionsverfahren müssen sich auch wirtschaftlich lohnen. Die Umweltschutz-Bestimmungen in der Gemeinschaft müssen soweit angelegten werden, daß Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden.

Eine gesunde Umwelt braucht eine gesunde Wirtschaft. Eine gesunde Wirtschaft braucht eine gesunde Umwelt.

Wir müssen die Umwelt vorausschauend schützen, bevor wir die Schäden nur noch registrieren und gelegentlich reparieren können.

Die europäische Einigung sichert unsere Zukunft

Die CDU will die politische Union Europas. Ohne sie bleibt die Europäische Gemeinschaft Stückwerk. Nur durch die Europäische Union können unsere Völker aus eigener Kraft ihre Zukunft in Freiheit und Frieden sichern. Für uns ist ein vereintes Europa eine Vision, der wir Schritt für Schritt näher kommen.

Ein großer Erfolg auf diesem Weg ist die Direktwahl des Europäischen Parlaments. Wir verlangen für diese ge-

meinsame Volksvertretung von 270 Millionen Bürgern der Europäischen Gemeinschaft mehr Rechte. Das Parlament muß Gesetzgebungsbefugnisse und uneingeschränkte Haushaltsrechte erhalten.

- Die CDU unterstützt die Umwandlung der Europäischen Gemeinschaft in einen Bundesstaat, die Europäische Union.
- Wir sind für die Verabschiedung einer europäischen Verfassung. Der Ministerrat muß sich wieder von gemeinsamen europäischen Interessen leiten lassen und auch die vertraglich vorgesehenen Mehrheitsbeschlüsse fassen. Die Kommission muß eine treibende Kraft für die Einigung Europas sein.

Bei der Direktwahl des Europäischen Parlaments am 17. Juni 1984 geht es um Europas Zukunft, um unsere Zukunft.

Wir Deutschen sind von den Entwicklungen in Europa unmittelbar betroffen. Wir deutschen und europäischen Christlichen Demokraten – zusammengeschlossen in der Europäischen Volkspartei (EVP) – müssen im Europäischen Parlament stark sein, um Freiheit, Partnerschaft, Frieden und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern.

CDU – Aufwärts mit Deutschland -
Mit uns für Europa

Hergestellt im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Sankt Augustin - Weitergabe, Reproduktionen und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACDP.

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle · Abt. Öffentlichkeitsarbeit · Konrad-Adenauer-Haus · 5300 Bonn 1
Druck: Rudolf Müller, Köln · 100/054 · 5571

ACDP 07-001-7819
07-001:7819-18